

Protokoll

13. Sitzung der Legislatur 2007/2011

Dienstag, 10. März 2009, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsidentin Rita Anderes, CVP

Anwesend Stadtparlament: 28 Mitglieder

Verspätet: Gimmel Max

Entschuldigt: Ueli Troxler, SP

Anwesend Stadtrat: Martin Klöti, FDP, Veronika Merz, SP, Patrick Hug, CVP, Reto Stäheli, CVP, Heidi Wiher-Egger, FDP

Protokoll: Tanja Huber, Parlamentssekretärin

Traktanden

13/ 1. Mitteilungen

13/ 2. Wahl Ersatzmitglied Sozialhilfebehörde

13/ 3. Wahl Ersatzmitglied Redaktionskommission

13/ 4. Motion Konrad Brühwiler betreffend „Erarbeiten von Grundlagen für die Videoüberwachung in der Stadt Arbon“

13/ 5. Fragerunde

13/ 6. Verschiedenes

1. Information aus dem Stadtrat

2. Weitere Informationen des Stadtratmanns aus seinen regionalen und kantonalen Projekten

Parlamentspräsidentin Rita Anderes: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien, ich begrüsse sie und heisse sie an unserer 13. Parlamentssitzung ganz herzlich willkommen. Es ist nun doch schon eine ganze Weile her seit der letzten Sitzung und mindestens nach Kalender hat bereits der Frühling begonnen.

Besonders begrüssen in den Reihen des Arboner Stadtparlamentes möchte ich Herrn Fabio Telatin von der Fraktion SP und Gewerkschaften. Er rückt für den per Ende Jahr 2008 zurückgetretenen Werner Feuerle nach.

Lieber Fabio, ich wünsche dir viel Erfüllung und Freude in deiner Arbeit als Stadtparlamentarier von Arbon. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Tanja Huber. Es sind 28 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15. Für die heutige Sitzung hat sich Ueli Troxler, Fraktion SP und Gewerkschaften entschuldigt und Max Gimmel kommt zirka 10 Minuten später.

Traktandenliste

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Die Diskussion wird nicht benutzt.

://: **Die vorliegende Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.**

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 17. Februar 2009

- Einladung mit Traktandenliste
- Beantwortung Einfache Anfrage Erica Willi-Castelberg, SP betreffend *Beteiligung von Arbon Energie AG am Kohlekraftwerk Brunsbüttel?*
- Beantwortung Einfache Anfrage von Ueli Troxler, SP betreffend *Energiepolitik der Stadt Arbon*
- Beantwortung Einfache Anfrage von Konrad Brühwiler, SVP betreffend *Frühlings- und Martinimarkt der Stadt Arbon*
- Motion von Konrad Brühwiler, SVP betreffend *Erarbeitung von Grundlagen für die Videoüberwachung in der Stadt Arbon*

Per E-Mail am 16. Januar 2009:

- Parlamentsprotokoll der 12. Sitzung vom 9. Dezember 2008

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

1. Protokoll der 12. Parlamentssitzung vom 9. Dezember 2008

Das Parlamentsbüro hat das Protokoll mit einer redaktionellen Änderung von Erica Willi-Castelberg genehmigt und ist seit 30. Januar 2009 im Internet abrufbar.

2. Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden drei Vorstösse abgegeben und gehen jetzt in Zirkulation:

- Interpellation von Remo Bass, CVP betreffend „Bau einer neuen Druckleitung für gereinigtes Abwasser von St. Gallen in den Bodensee“
- Einfache Anfrage von Andreas Brüschweiler, SVP betreffend „Solaranlagen vs. Ortsbildschutz“
- Einfache Anfrage von Inge Abegglen, SP betreffend „Auswirkungen der Steuergesetzrevision Flat-Rate-Tax auf den Finanzaushalt der Stadt Arbon“

Präsident Einbürgerungskommission Andrea Vonlanthen: Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements informiere ich sie, namens der Einbürgerungskommission, über die gefassten Beschlüsse und die zu behandelnden Gesuche:

Die Einbürgerungskommission hat seit der letzten Parlamentssitzung 2 weitere schriftliche Prüfungen mit 20 Gesuchstellenden durchgeführt und an 4 Sitzungen 29 Gesuchstellende mündlich befragt. Nicht befragt werden Kinder vor dem schulpflichtigen Alter, weshalb effektiv mehr Personen in das Verfahren einbezogen waren.

Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon wurden folgende Personen aufgenommen:

- Abdullahi Ibrahim Isra, somalische Staatsangehörige
- Ariyan Coskun, türkischer Staatsangehöriger
- Cai Yan Ping und die Tochter Winnie, chinesische Staatsangehörige
- Chojnowski Charles, deutscher Staatsangehöriger
- Dügünyurdu Bülent mit Ehefrau Suna und den Kindern Sarya und Asim, türkische Staatsangehörige
- Dreno Monika, kroatische Staatsangehörige
- Gelmi Maria, italienische Staatsangehörige
- Imocanin Vahid mit der Ehefrau Nermana und den Kindern Alma, Amina, Ajila und Anesa, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Petrovic Marija, serbische Staatsangehörige
- Sguazzato Franco mit Ehefrau Sguazzato Carmela und den Kindern Tiziano und Dalia, italienische Staatsangehörige
- Thongyoi Vorathep, mit Ehefrau Thongyoi Mirlene mit den Kindern Victor und Fernanda, thailändische Staatsangehörige
- Vanoni Gerardo mit Ehefrau Vanoni Ingrid und den Söhnen Axel und Christian, italienische Staatsangehörige

Das Gemeindebürgerrecht bildet die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten. Namens des Stadtparlaments gratuliere ich diesen aufgenommenen Arbonerinnen und Arboner, wünsche ihnen beim gesellschaftlichen und politischen Engagement viel Freude.

Wir haben folgende Gesuche zur Einbürgerung abgelehnt:

- Cai Xiao Ping, chinesischer Staatsangehöriger
- Murtezi Ibrahim mit Ehefrau Bajramka und der Tochter Adisa, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Das Einbürgerungsgesuch eines türkischen Staatsangehörigen wurde wegen teilweise mangelnder Integration zurückgestellt.

Bis zur nächsten Parlamentssitzung werden folgende Personen eingeladen:

- Ates Sinem, türkische Staatsangehörige
- Ciriello Rocco, italienischer Staatsangehöriger
- Idrizi Valbon, mazedonischer Staatsangehöriger
- Kljajic Barbara, kroatische Staatsangehörige
- Marjanovic Dejan mit Ehefrau Marjanovic Dusanka und den Kindern Mateja und Luka, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
- Marrone Sabrina, italienische Staatsangehörige
- Murati Ezra, mazedonische Staatsangehörige
- Savic Ljiljana, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
- Storti Rosa, italienische Staatsangehörige
- Todic Sinisa, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
- Tunaj Kelmend mit Ehefrau Tunaj Ljuljeta mit den Töchtern Samuela und Simona, serbische Staatsangehörige
- Vonic Ramona, kroatische Staatsangehörige

Die Zahl der pendenten Geschäftsfälle nimmt nun doch spürbar ab. Im Moment liegen noch 61 pendenten Gesuche von 112 Personen vor. Zur Behandlung in der EBK stehen momentan 46 Gesuche von 87 Personen an, bei denen die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vorliegt. Ich gehe davon aus, dass wir die Pendenzliste dank unserem hohen Sitzungsrythmus bis Ende Jahr weitgehend abgetragen haben.

Ich habe wieder einmal errechnet, wie gross das durchschnittliche Wissen der geprüften Personen ist. Demnach haben die letzten 50 Gesuchstellenden bei den schriftlichen Prüfungen von den 60 Fragen durchschnittliche 37,4 Fragen richtig beantwortet. Die Frauen haben im Schnitt 38,2 und die Männer haben mit 36,7 etwas weniger Richtige.

Interessant mag auch einmal sein, was die Geprüften am Schluss der Prüfung jeweils an Kommentaren abgeben. Wir bitten sie jeweils am Ende der Prüfung persönlich zu sagen, wie sie die Prüfung empfunden haben. Eine Person schrieb nach der letzten Prüfung: „Die Prüfung war sehr gerecht, die Atmosphäre im Saal sehr angenehm, die Fragen waren für mich sehr einfach zu beantworten“. Eine zweite Person: „Prüfung war nicht besonders schwer, es kamen aber unerwartete Fragen“. Und eine dritte Person schrieb: „Sehr allgemeine Fragen, das war gut. Ich habe jedoch tiefere Fragen erwartet und nervös war ich gar nicht“. Das ist auch nicht der Zweck, dass die Gesuchsteller nervös sind. Für sie soll es ein Ansporn sein, sich etwas mehr kundig zu machen und für die Kommission bildet diese Prüfung eine gute Grundlage zur mündlichen Befragung.

Zum Schluss habe ich noch eine letzte Information: Im Moment unterziehen wir unser Handbuch einer ersten kleinen Revision. Es hat sich im Prinzip gut bewährt, soll nun aber in dem einen oder anderen Punkt noch aktualisiert werden.

Max Gimmel betritt um 19.05 Uhr den Seeparksaal. Es sind nun 29 Mitglieder anwesend. Das absolute Mehr bleibt bei 15.

2. Wahl Ersatzmitglied Sozialhilfebehörde

Präsidentin Rita Anderes: Wie bereits mitgeteilt hat Werner Feuerle seinen Austritt aus dem Parlament per Ende Jahr 2008 gegeben und sein Mandat zur Verfügung gestellt. Werner Feuerle war Mitglied in der SP Fraktion. Für diese Fraktion hatte er auch Einstiz in der Sozialhilfebehörde. Es obliegt deshalb der SP und Gewerkschaften dieses Gremium zu vervollständigen. Ich erwarte Vorschläge.

Erica Willi-Castelberg, SP: Wir dürfen Ihnen sehr gerne für diese Kommission Fabio Telatin vorschlagen. Er ist 36 Jahre alt, seit 15 Jahren verheiratet, hat 2 Kinder und arbeitet seit 20 Jahren als Maler und Tapezierer. Fabio Telatin ist hier in Arbon geboren, Mitglied in diversen Vereinen und somit hier sehr gut verankert. Wir würden uns sehr freuen wenn sie ihn unterstützen und ihn in die Sozialhilfebehörde wählen. Er hat sehr viele Erfahrungen gemacht – auch via Gewerkschaften – und würde sich sehr gerne in dieser Kommission einsetzen.

://: **Fabio Telatin wird mit 27 Stimmen bei 2 Enthaltungen als Ersatzmitglied in die Sozialhilfebehörde gewählt.**

Präsidentin Rita Anderes: Lieber Fabio, im Namen des Parlaments wünsche ich dir für diese Behörde das nötige Einfühlungsvermögen und viel Herzblut aber auch den nötigen Abstand, um die manchmal schwierigen Situationen richtig zu beurteilen.

3. Wahl Ersatzmitglied Redaktionskommission

Präsidentin Rita Anderes: Werner Feuerle hatte ebenfalls Einsitz in der Redaktionskommission. Deshalb obliegt es auch hier der Fraktion SP und Gewerkschaften diese Kommission durch ein neues Mitglied zu vervollständigen.

Erica Willi-Castelberg, SP: Für diese Kommission dürfen wir ihnen eine sehr sprachgewandte Frau vorschlagen – Ekin Yilmaz. Sie studiert an der Uni Zürich französische und spanische Literatur und Sprachwissenschaft. Sie würde sehr gerne in der Redaktionskommission mitmachen. Wir danken für die Unterstützung.

://: **Ekin Yilmaz wird mit 28 Stimmen bei einer Stimmennthaltung in die Redaktionskommission gewählt.**

Präsidentin Rita Anderes: Ekin, im Namen des Parlaments wünsche ich dir eine erfolgreiche Zusammenarbeit und spannende – nicht all zu lange – Diskussionen innerhalb dieses Gremiums. Ich bin mir sicher, es wird spannende, lange Abende geben.

4. Motion Konrad Brühwiler betreffend „Erarbeitung von Grundlagen für die Videoüberwachung in der Stadt Arbon“

Konrad Brühwiler, SVP: Da meine – von 19 Mitunterzeichnenden – eingereichte Motion auf der heutigen Traktandenliste neben den Wahlgeschäften das einzige Sachgeschäft ist, bleibt uns hoffentlich genügend Zeit, um über Sicherheit, Sauberkeit und Sachbeschädigungen in und um Arbon zu sprechen. Und nach der gründlichen Debatte haben wir – und davon bin ich überzeugt – sicher genügend Argumente aufgezählt, um dem Stadtrat einen klaren Auftrag zu erteilen und die Anliegen dieser Motion umzusetzen.

Zuallererst möchte ich mich aber beim Stadtrat für die positive Antwort auf meinen Vorstoss bedanken. Zu spüren, dass man mit einer einfachen Motion die Türe zur Lösung eines langst fälligen Problems aufstösst, kann dem Ego eines Politikers echt gut tun. Doch wir sind heute nicht hier, um Blumen zu verteilen oder einzusammeln, sondern um Versprochenes aus der Wahlzeit vor zwei Jahren umzusetzen. Eines der 10 Ziele der SVP Arbon heisst nämlich: „Mehr Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung auf dem ganzen Stadtgebiet“.

Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlbefinden und die Lebensqualität. Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, führt der Stadtrat in seinem Legislaturprogramm aus und zählt es darum zu den grundlegenden Aufgaben des Gemeinwesens.

Als kantonsübergreifende regionale Zentrumsgemeinde übt die Stadt Arbon besonders im Sommerhalbjahr abends und am Wochenende eine starke Anziehungskraft auf Jugendliche und junge Erwachsene aus. Gemäss Auskunft der städtischen Abteilungen Bau und dem Werkhof kommt es an über zehn Punkten in und um Arbon immer wieder zu Regelverstößen. Den Schulen bereiten Vandalismus, Schmierereine, Littering und der nächtliche Alkoholkonsum auf den Pausenplätzen verbunden mit Nachtruhestörungen grosse Probleme. Im Bereich der Evangelischen Kirche sind zahlreiche Vorkommnisse aktenkundig. In den vergangenen zwei Jahren wurden je rund 40 Anzeigen wegen Sachbeschädigungen durch Sprayereien und Schmierereien entgegen genommen. Bezüglich Nachtruhestörungen gehen laut Polizeiangaben jährlich hunderte von Meldungen und Beschwerden ein.

Videoüberwachung ist vielleicht kein Wundermittel gegen Kriminalität aber die präventive Wirkung dieser Überwachung ist unverkennbar. Zurückhaltend und punktuell eingesetzt, wird Videoüberwachung also durchaus Sinn machen.

Die dissuasive Videoüberwachung wird als zunehmend attraktives Medium der Kriminalprävention angesehen. Es geht dabei niemals darum eine flächendeckende Überwachung zu realisieren. Vielmehr findet die dissuasive Überwachung regelmässig an so genannten Kriminalitätsschwerpunkten Anwendung. Also an Orten, an denen erfahrungsgemäss vermehrt Straftaten wie Sachbeschädigungen, Rauschgifthandel, Belästigungen, Diebstähle, Littering etc. begangen werden. Das subjektive Sicherheitsgefühl wird durch die Videoüberwachung an den entsprechenden Orten verbessert. Im Falle einer beobachteten Straftat können durch die Aufnahmen der Kameras strafbare Handlungen in einem höheren Masse aufgeklärt werden, da die Täter unter Zuhilfenahme der Aufzeichnungen identifiziert und die Aufnahmen zur Beweissicherung genutzt werden können. Neben der Erzielung eines präventiven Effekts, stellt die Videoüberwachung demnach auch eine repressive Massnahme dar, indem sie objektive Beweise zur Täterüberführung liefert.

Es gilt hier auch einmal festzuhalten, dass sehr viele Geschäfte, Post- und Bankfilialen, Tankstellenshops etc. bereits mit Überwachungskameras ausgerüstet sind, was uns als Kundschaft nicht weiter zu stören scheint.

Wir von der SVP sind natürlich mit dem Stadtrat einig, dass sich nicht alle Örtlichkeiten und nicht alle Formen von Vandalismus für einen Einsatz der Videoüberwachung eignen. Folglich unterstützen wir die Empfehlung der Abteilungen Bau und des Werkhofs für einen Aufbau der Überwachung an den neuralgischsten Orten, um dann, aufgrund der gemachten Erfahrungen, einen Weiterausbau in vernünftigem Ausmass anzugehen. Solche Anlagen erweisen sich in der Praxis als ein effizientes und kostengünstiges Mittel.

Nebst den umfangreichen sozialpolitischen Massnahmen in den Bereichen Jugendarbeit und Integration sind nämlich auch repressive Anstrengungen erforderlich. Dazu gehört unter anderem auch die Kompetenz Personen welche öffentliches Ärgernis erregen oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden von einem öffentlichen Ort wegzuführen oder fernzuhalten.

Kompliment und Gratulation deshalb an den Stadtrat, der die rechtliche Situation in Arbon erkannt zu haben scheint und mit seinem Vorschlag ein generelles Polizeireglement für die Stadt Arbon zu schaffen bei der SVP Arbon offene Türen einrennt. Das dabei neben dem Thema Videoüberwachung die gesamten ortspolizeilichen Aufgaben wie Abfallgesetz, Hundegesetz, Parkierungsreglement und Parkierungsüberwachung im gleichen Schriftstück geregelt werden sollen, macht durchaus Sinn. Unsere Frage geht dahin, ob nicht sogar Themen wie Kundgebungsrichtlinien, Missachtung von Lärmvorschriften, Wegweisung von unerwünschten Personen, Plakataushang etc. in diesem Polizeireglement berücksichtigt werden sollten. Eine abschliessende Frage an den Stadtrat haben wir in Sachen Zeitfaktor: Wenn der Stadtrat von „relativ viel Zeit“ schreibt, die er zur Schaffung einer formellen Rechtsgrundlage in einem kommunalen Reglement benötigt, in welchen Dimensionen denkt er dabei? Sind es zwei Jahre bis in Krafttreten, sind es drei Jahre?

Alles was länger dauern sollte, würde unseres Erachtens bei einer erwarteten Erheblicherklärung der Motion eine provisorischen punktuellen Einsatz von Videoüberwachung bis zum Vorliegen einer solchen Rechtsgrundlage eingeführt werden sollte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen wenn Sie mit einem „Ja“ zu dieser Motion der Videoüberwachung in Arbon zu einer gesetzlichen Grundlage verhelfen. Das Bedürfnis ist auch in unserer Stadt vorhanden und ausgewiesen.

Erica Willi-Castelberg, SP: Diese Motion und ihre Beantwortung hinterlässt in unserer Fraktion zwiespältige Gefühle. Vor allem die Vorgehensweise finden wir irritierend und wir bitten den Stadtrat dazu noch um Erklärungen. Die Motion verlangt rechtliche Grundlagen für den Einsatz von Videoüberwachungen auf privatem und öffentlichem Grund. Der Stadtrat will die Motion erheblich erklären, formuliert aber gleichzeitig den Auftrag zur Schaffung eines Polizeireglementes. Dies, obwohl er von sich aus ein solches Reglement vorlegen könnte und die Motion gar nicht brauchen würde. Mit anderen Worten: Ob wir zustimmen oder nicht, der Stadtrat kann sowieso ein Polizeireglement ausarbeiten.

Erinnern wir uns noch kurz an unsere Motion über die Mobilfunkantennen: Damals lehnte der Stadtrat sie ab, mit der Begründung sie nicht zu brauchen. Er könnte schliesslich auch ohne Motion tätig werden. Die Mehrheit im Parlament folgte dieser Argumentation. Wie erklärt sich diese Ungleichbehandlung?

Nun aber zum Inhalt: Wir bekennen uns selbstverständlich zu Recht und Ordnung. Wir ärgern uns über Vandalismus, Sprayereien und jegliche Sachbeschädigungen. Wir können uns deshalb mehrheitlich vorstellen, dass sich Videoüberwachung in einigen Fällen als ein nützliches Instrument vor allem in der Vorbeugung erweist. Doch hier zeigen sich auch schon die Grenzen. Die Reichweite einer Kamera ist sehr beschränkt. Man kann ihr ausweichen und sich ein spannendes Spiel daraus machen sie zu täuschen. Die Bundesgesetzgebung weisst zu dem klar auf den Persönlichkeitsschutz hin, so dass eine Videoeinsatz nur sehr punktuell in Frage kommen dürfte. Wir sind nicht sicher, ob es in Arbon wirklich solche Orte gibt, wo sich ein solcher Einsatz als sinnvoll erweisen würde.

Wir dürfen auch nicht schwarzsehen. Gelegentliche Vandalenakte sind noch kein Grund zu Panik und Angstmacherei. Sachbeschädigungen entspringen oft der Langeweile, der Empfindung von Sinnlosigkeit, aufgestauten Aggressionen oder einfach der Dummheit. Solchen Menschlichen Fehlleistungen ist gewiss nicht mit Technik, sondern nur mit Einsatz von Menschen, einem Gegenüber von Sozialarbeit für Erwachsene und Erziehung für Jugendliche, an der Wurzel bei zu kommen. Eine Kamera könnte also keinesfalls Fachleute als Ansprechpersonen ersetzen, wie sich dies der Motionär wahrscheinlich erhofft. Dies wäre für uns ein Grund, die Motion abzulehnen. In der stadträtlichen Antwort wird der Motionsauftrag jedoch weitergehend interpretiert: Ein generelles Polizeireglement könnte wirklich einiges regeln, was ansteht. Seine Bearbeitung gibt auch die Chance, sorgfältig abzuklären, ob und wo eine Videoüberwachung wirklich Sinn machen würde. Wir können deshalb mehrheitlich einem Auftrag an den Stadtrat zustimmen ein solches Reglement auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen. Wir wollen uns aber zuerst versichern, dass das Parlament nicht dem Wortlaut des Motionärs folgt und darauf beharrt, sondern die stadträtlichen Ausführungen akzeptiert.

Andreas Näf, FDP: Die Motion betreffend Erarbeitung von Grundlagen für die Videoüberwachung in der Stadt Arbon ist für die FDP / DKL Fraktion ein Impuls für einen erfolgreichen Lösungsansatz. Unbestritten ist für uns, dass gegen mutwillige Sprayereien, Sachbeschädigungen und Vandalenakte etwas unternommen werden muss. Wir denken jedoch, dass nicht nur einseitig das Thema Videoüberwachung eine Verbesserung der Situation bringen wird, sondern, dass ein umfassendes Gesamtkonzept die Grundlage bilden soll.

Eingriffe in die persönliche Freiheit brauchen zudem eine gesetzliche Grundlage. So unterstützten wir die Stossrichtung des Stadtrates ein generelles Polizeireglement zu schaffen, das gleichzeitig das Thema Videoüberwachung und die gesamten ortspolizeilichen Aufgaben inklusive der Parkierungsüberwachung regelt. Wir denken aber, dass das Rad nicht neu erfunden werden muss. Vielmehr soll auch nach Reglementen bei Vergleichsgemeinden des Kantons Ausschau gehalten werden, um den Verwaltungsaufwand in Grenzen zu halten. Sinnvoll wäre auch den Blick auf eine regionale oder kantonale Regelung zu werfen oder eine solche Diskussion anzuregen. Bei der Bearbeitung des Gesamtkonzepts darf nicht vergessen werden, dass die Prävention der Kostengünstigste und Nachhaltigste Ansatz wäre. Aus diesen Gründen beantragt die FDP / DKL Fraktion auf die Motion einzutreten.

Rosmarie Wenk, CVP: Die CVP / EVP Fraktion hat sich einstimmig dazu entschieden, der Empfehlung des Stadtrats zu folgen und die Motion als erheblich zu erklären. Begründung: Die Sicherheit unserer Einwohner ist eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlbefinden und die Lebensqualität in unserer Stadt. Es ist bekannt, dass auch andere Körperschaften sich mit diesen Problemen – Vandalismus, Schmierereien, Littering etc. – auseinandersetzen müssen. Im öffentlichen Verkehr, bei Banken oder in Einkaufszentren wird mit der Videoüberwachung dem Sicherheitsbedürfnis der Kundschaft Rechnung getragen.

Nicht alle Probleme können mit Videoüberwachung gelöst werden – aber sicher vermindert werden. Einen umfassenden Polizeistaat wünscht sich niemand, aber beschützt fühlen, möchte sich jeder Mensch. Mit der Einsetzung von Videokameras und der Erarbeitung eines umfassenden Polizeireglements wird die Lebensqualität in unserer Stadt weiter aufgewertet.

Roland Schöni, SVP: Als Fraktionssprecher der SVP danke ich dem Stadtrat für die Aufnahme und Beantwortung der Motion von Konrad Brühwiler hinsichtlich der Erarbeitung von Grundlagen für die Videoüberwachung in Arbon.

Wir finden es lobenswert, dass der Stadtrat die provisorische Einsetzung der Videoüberwachung an neuralgischen Punkten als legitimes und erfolgsversprechendes Mittel sieht. Die Empfehlung an uns, die Motion als erheblich zu erklären beweist, dass der Stadtrat zum Handeln bereit ist und konkrete Schritte umsetzen will. Arbon wartet nicht darauf, dass andere ihre Probleme lösen, sondern nimmt das Heft selber in die Hand.

Ohne in Hysterie zu verfallen, geht es darum, was wir selber machen können. Die kantonale Polizei kann dies nie in dem Ausmass für Arbon garantieren, wie es wünschenswert wäre. Sie ist kein Betrieb der Stadt, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger im Kanton zuständig. Sie hat mit den wirklich „Bösen“ schon genug zu tun und eine Aufstockung der Polizei würde in der Tat eine Verbesserung der Sicherheit in Städten und Gemeinden bringen.

Arbon hat die gleichen Probleme wie andere vergleichbare Städte im Thurgau. Wir sind also kein Sonderfall, wir können aber zum Sonderfall werden, indem wir jetzt – und zwar in den nächsten Monaten – die Probleme anpacken und diese Massnahmen auch umsetzen. Also: zügige Montage der Kameras an den exponierten Stellen. In Arbon gibt es genügend Orte, wo man Kameras sinnvoll einsetzen kann. Ich lade dich – liebe Erica Willi – gerne einmal nachts an einem Wochenende zu einer Tour in Arbon ein und zeige dir die exponierten Stellen.

Unter anderem sind die Patrouillen der Securitas voranzutreiben, Privatveranstalter von grossen Anlässen zu verpflichten, einen eigenen Sicherheitsdienst zu stellen, bekannte Schadenverursacher konsequent zur Rechenschaft zu ziehen und Rechnung zu stellen und lärmige Gastbetriebe bei Vorkommnissen sofort zu verwarnen, um nur einige Massnahmen zu nennen. Die Stadt hat weitreichende Kompetenzen, man muss sie nur nutzen.

Der Stadtrat ist gut beraten, die Bevölkerung in sein Bestreben nach Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit in Arbon mit ein zu beziehen. Den sie sind es schliesslich auf die es ankommt. Damit geht aber auch die Forderung einher, dass die Bevölkerung mithilft und sich daran beteiligt, indem man nicht wegschaut, wenn Vandalenakte passieren, Leute traktiert werden und sich Angsträume bilden.

Die Schaffung eines eigentlichen Polizeireglements, wie es beabsichtigt ist, können wir von der SVP nur begrüssen und sind zur Mitarbeit bereit. Im Sinne meiner Erläuterungen empfehle ich, im Namen der SVP Fraktion, die Erheblicherklärung der Motion von Konrad Brühwiler.

Margrit Bollhalder Schedler, SVP: Die vom Stadtrat formulierten Erwägungen zur Motion von Konrad Brühwiler sind befriedigend und es ist erkennenswert, dass der Stadtrat dem Parlament empfiehlt, die Motion erheblich erklären zu lassen. In Anbetracht dessen, dass in der Stadt Arbon nicht mehr für alle Bewohner die Sicherheit gewährleistet werden kann, ist rasches Handeln erforderlich.

Ich erwähne zum Beispiel die Tatsache, dass Eltern ihre Kinder abends vom Bahnhof abholen müssen, weil Jugendliche alleine oder in Gruppen grundlos junge und alte Menschen anpöbeln, zusammenschlagen und diese zum Teil bestehlen. Viele ältere Menschen trauen sich bereits am frühen Abend nicht mehr aus dem Haus, weil sie Angst davor haben, beschimpft oder bedrängt zu werden. Ich erwarte daher im Sinne einer ersten Massnahme, dass der Stadtrat einen provisorischen Einsatz von Videoüberwachung so schnell wie möglich umsetzt.

Natürlich kann eine Videoüberwachung einen starken Eingriff in die Privatsphäre darstellen. Die jetzt herrschenden Zustände mit der eskalierender Gewalt, den Sprayereien, dem Alkoholismus Jugendlicher, den Pöbeleien, der Nachtruhestörung und mit dem Liegenlassen von Abfällen bedeutet für viele Arbonerinnen und Arboner aber ebenfalls einen massiven Eingriff in ihre Privatsphäre. Solche Zustände mindern im hohen Masse das Wohlbefinden, die Wohnqualität und das Gefühl der Sicherheit. So betrachtet ist die Verhältnismässigkeit mehr als nur gewahrt. Deshalb wiederhole ich meine Erwartungen an den Stadtrat: Der Einsatz von Videoüberwachungen muss im Sinne eines präventiven Einsatzes und als erste Massnahme so schnell als möglich realisiert werden. Die Mitglieder des Parlaments bitte ich, den Antrag des Stadtrates zu unterstützen und die Motion erheblich zu erklären.

Stadträtin Veronika Merz: Gerne antworte ich auf verschiedene Fragen, die sich jetzt, eventuell auch beim genauen Durchlesen der Motionsbeantwortung durch den Stadtrat, ergeben haben.

Sicherheit ist ein gemeinsames Anliegen, dass hier besprochen wird. Sicherheit und Sicherheitsgefühl in Arbon ist für uns alle wichtig. In der Motionsbeantwortung haben wir darauf hingewiesen, dass es uns sinnvoll erscheint, eine umfassendere Lösung als die Grundlage für die Videoüberwachung zu schaffen. Wir haben zugestimmt, über die Regelungen, die hier in der Stadt gelten, Transparenz zu schaffen. Das ist das Anliegen, dass der Motionär formuliert hat. Er hat nicht formuliert, dass man möglichst rasch die Videoüberwachung einführen soll. Es ist zwar – wie wir auch in der Beantwortung dargelegt haben – grundsätzlich möglich. Es wird auch bereits auf verschiedenen Anlagen angewandt, zum Beispiel bei der Schule oder bei privaten Firmen, aber wichtig scheint uns, dass wir wirklich eine Grundlage dafür erarbeiten.

Die Grundlage ist unter anderem wichtig, weil es immer ortsbezogene Gegebenheiten gibt, die zu berücksichtigen sind. Wir haben selbstverständlich die Bundesverfassung, die die wesentlichste Vorgabe macht, nämlich dass die Privatsphäre zu schützen ist. Wir haben auch das eidgenössische Datenschutzgesetz, das sehr deutliche Vorgaben macht, was möglich ist und was nicht möglich ist. Das nun anzuwenden auf eine Stadt wie Arbon – wie das viele andere Gemeinden bereits getan haben – das wäre das Anliegen eines Polizeireglements. Man soll den Fokus nicht nur auf die Videoüberwachung legen, sondern auf ganz viele ortspolizeiliche Anliegen, die in einem gesamten Reglement berücksichtigt werden können und sollen. Dass kann heißen, dass auch Themen wie Lärmemissionen oder – umgekehrt gesagt – Ruhezeiten geregelt werden können. Es können in einem Polizeireglement Regelungen getroffen werden, die sich eher auf die Öffnungszeiten von Gartenwirtschaften bezieht. Dafür haben wir in der Stadt Arbon zwar bereits Regelungen, aber keine Grundlagen in einem Reglement.

Einbeziehen kann man in einem Polizeireglement auch Fragen der Werbung. Interessanterweise wird das öfters gemacht in den Reglementen, die ich in letzter Zeit durchgesehen habe. Es gibt also ganz verschiedene Anliegen, die in einem gesamten Konzept geregelt werden können. Es muss nicht nur das Thema Sicherheit einbezogen werden, sondern eben auch zum Beispiel Ruhestörung oder andere Anliegen, die mit einem Polizeireglement geahndet oder vermieden werden können.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen: Das Anliegen eines Polizeireglements ist vor allem Transparenz zu schaffen. Die Frage, was in dieser Stadt in Zukunft gilt, soll dadurch beantwortet werden. Ich möchte auch noch kurz auf die Frage von Konrad Brühwiler eingehen, in welchem Zeitraum so etwas zu realisieren wäre. Ich denke, aus den Voten, die hier jetzt abgegeben wurden, ist deutlich geworden, dass es wichtig ist, dass die Menschen hier in Arbon – die Einwohnerinnen und Einwohner – möglichst auch mitreden können, was in einem solchen Reglement sein soll. Klar ist es, dass der Stadtrat einen Vorschlag machen wird, aber es gibt auch Gemeinden, die ein eigentliches Mitwirkungsverfahren durchführen. Das ist auch denkbar. Wer ganz sicher mitreden, mitbestimmen und beschliessen wird, ist das Stadtparlament. Sie, in diesem Saal, werden letztlich über dieses Reglement beraten und beschliessen.

Ich denke wir müssen in dieser ganzen Thematik ganz klar die Relationen behalten. Videoüberwachung, aber auch andere Massnahmen, die die Sicherheit gewährleisten sollen, können immer nur einen Teil abdecken. Es ist auch oft gesagt worden, dass Prävention ein wichtiger Teil ist. Da kann die Videoüberwachung vermutlich einiges mehr leisten, als die Bestrafung von effektiven Straftaten. Man muss sich aber darüber im Klaren sein, dass es kein umfassendes Mittel ist, um kriminelle Taten zu vermeiden. Davor warnen alle, die sich damit befassen. Es ist in ganz gezielten Umgebungen das richtige Mittel, aber wirklich sehr begrenzt. Wenn jetzt gesagt wird, dass es ein Impuls für einen erfolgreichen Lösungsansatz ist, dann ja, aber wirklich nur, wenn wir umfassend daran gehen und nicht nur den Fokus auf die Videoüberwachung legen.

Es ist sicher kein Wundermittel und es ist – meines Erachtens – auch kein attraktives Medium der Kriminalprävention. Es ist nämlich sehr aufwendig die Abklärungen zu treffen, wo eine Videoüberwachung überhaupt möglich ist. Gerade mit dem Hintergrund, dass das Datenschutzgesetz sehr klare und sehr einengende Vorschriften macht. Wir alle haben einerseits ein Interesse an der Sicherheit und andererseits sind wir daran interessiert, dass niemand in unsere Privatsphäre eindringt, wo wir das nicht wollen. Genau das ist ja das Thema des Datenschutzgesetzes.

Wenn sie beispielsweise in einem Hauseingang eine Videokamera installieren, müssen sie das ganz klar signalisieren. Wer eintritt muss wissen, dass hier eine Videoüberwachung ist. Sie dürfen zum Beispiel mit dieser Videoüberwachung nicht feststellen, wer in welche Wohnung geht. Das ist schlicht verboten. Es gibt also sehr viele Einschränkungen die bei einer Videoüberwachung zu berücksichtigen sind. Deswegen ist der Stadtrat der Meinung, dass es richtig und wichtig ist, sich sehr genau zu überlegen, wo Videoüberwachungen sinnvoll und möglich sind und wo es das geeignete Mittel der Wahl ist. Wir haben nämlich die Verpflichtung zuerst darzulegen, dass es das Beste Mittel ist, an diesem Punkt, an dem wir es einsetzen wollen. Wir können nicht einfach sagen, dass wir im Moment denken, dass es das beste Mittel für die Überwachung ist, sondern wir müssen beweisen, dass es kein sinnvollereres Mittel gibt, mit dem wir dasselbe erreichen können. Das ist eine Vorschrift, die das Datenschutzgesetz macht. Das – denke ich – ist die Basis für die Überlegungen, die wir machen müssen für das Polizeireglement, wenn wir den Auftrag durch sie erhalten. Was genau können wir tun, um für alle Menschen in Arbon Transparenz zu schaffen? Wie soll die Sicherheit gewährleistet werden? Wo die Videoüberwachung installiert werden und wo eben auch nicht? Dies einfach im Sinne einer Relativierung. Wir werden sicher keine Wunder erzielen, indem wir in kürzester Zeit Videokameras installieren. Davor möchte ich warnen. Dafür haben wir im Moment keine Grundlagen. Ich denke auch, dass wir bei dem ganzen Polizeireglement, wenn wir das erarbeiten werden, den Fokus auf die andere Seite, die auch genannt worden ist, nämlich die Menschen, die wir einsetzen können, nicht verlieren. Gerade für die präventiven Aufgaben, wie zum Beispiel die aufsuchende Jugendarbeit sind diese Menschen sehr wichtig. Aber auch wir alle sind ein Teil dieser Prävention, in dem wir eben achtsam miteinander umgehen, achtsam darauf schauen, dass wir eben – wie es vorhin auch gesagt worden ist – nicht wegschauen, sondern uns auch beteiligen. Auch da sind für unsere Gesellschaft und auch da bleiben, wo es uns vielleicht nicht immer ganz wohl ist. Das ist sehr wichtig. Gemeinsam werden wir Lösungen finden, die – wie gesagt – in einem Reglement transparent und offen für alle Menschen dargelegt werden. Das wäre das Anliegen des Stadtrates und in diesem Sinne freuen wir uns, dass das Echo in die Richtung einer Überweisung geht. Wir möchten sie gerne im Sinne einer Aufgabe, die wir in weniger als 2 Jahren zu lösen bereit sind, entgegen nehmen.

://: **Die Motion wird grossmehrheitlich als erheblich erklärt und an den Stadtrat überwiesen.**

5. Fragerunde

Erica Willi-Castelberg, SP: Ich bitte um Beantwortung folgender Fragen betreffend der Sozialfirma Dock Arbon GmbH. Ich habe verschiedenes gehört und würde jetzt gerne genaueres wissen.

1. Wie steht es um die Sozialfirma Dock im Allgemeinen?
2. Wieviele Leute sind dort momentan beschäftigt?
3. Wie wirkt sich die Arbeitsmarktkrise auf die Arbeitsaufträge aus?

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Die erste Frage beantworten wir folgendermassen: Die Sozialfirma Dock Arbon hat 2008 erfolgreich den Betrieb weiter geführt. Insgesamt konnten im ganzen Jahr rund 100 Personen der Firma zugewiesen werden. Verschiedenen Personen musste wegen unentschuldigten Absenzen gekündigt werden. Dies hat jeweils zur Folge, dass von der Sozialhilfebehörde eine Leistungskürzung verfügt wird, respektive dass im Wiederholungsfall die Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen eingestellt werden. Bei Einstellung der Sozialhilfe werden auf Antrag nur noch Nothilfeleistungen ausgerichtet. Die Zuweisung in die Dock ist für die Klienten verpflichtend und basiert auf dem Sozialhilfegesetz des Kantons Thurgau.

Zur zweiten Frage: 2008 konnten von den abgeschlossenen Fällen ein erfreulich hoher Prozentsatz in die offene Wirtschaft integriert werden:

Laut der Statistik verblieben aus dem Jahre 2007 50 Arbeitnehmer im Dock. 2008 wurden 65 Personen (ausgesteuerte Sozialhilfeempfänger) neu in der Dock angemeldet. Von diesen zu 65 Neuanstellungen waren 6 krank abgemeldet oder verweigerten die Arbeit. 33 konnten abgeschlossen werden d.h. 16 fanden eine Vollzeitstelle, 1 Teilzeit, 1 Rente, 7 entschuldigt (ärztliches Zeugnis), 7 blieben unentschuldigt der Arbeit fern. Die sind entweder weggezogen oder bekamen Nothilfe.

Gegenwärtig sind 80 Personen in der Dock Arbon angestellt. Durchschnittlich haben 2008 80 bis 100 Personen in der Dock gearbeitet.

Zur dritten Frage: Wie wirkt sich die Arbeitsmarktkrise auf die Arbeitsaufträge aus? Im Moment gibt es noch genug Aufträge für die Dock Arbon. Verschiedene Aufträge kommen aus Arbon ansässigen und externen grösseren Firmen nebst weiteren kleineren Auftraggebern. Allerdings hat sich der Akquisitionsaufwand massiv erhöht. Problematisch könnte werden, dass Firmen, die Kurzarbeit einführen, keine Aufträge mehr auswärts vergeben können und somit auch die Dock leer ausgehen würde.

Diese Ausführungen können sie dann im Jahresbericht 2008 nachlesen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich möchte dem Stadtrat einige Fragen unter dem Titel „Die Stadt Arbon und die Rezession“ stellen. Jetzt ist es offiziell, dass auch die Schweiz erstmals seit fünf Jahren in eine Rezession geschlittert ist. Die Wirtschaft schrumpft spürbar. Und die Anzeichen mehren sich, dass diese Rezession länger andauern wird. In dieser Situation ist nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der Staat herausgefordert, und zwar auf allen Ebenen. Auch die Stadt Arbon muss sich von der Denkweise der Hochkonjunktur verabschieden. Wie stellt sich der Stadtrat auf diese neue Situation ein? Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich den Stadtrat, auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise die Situation der Arboner Unternehmen und speziell auch der KMU-Betriebe? In wie vielen Betrieben gibt es momentan Kurzarbeit?
2. Welche konkreten Möglichkeiten sieht der Stadtrat, um gefährdete einheimische Betriebe zu unterstützen?
3. Mit welchen Auswirkungen der Rezession auf die Steuererträge rechnet der Stadtrat in den nächsten drei Jahren?
4. Wie reagiert der Stadtrat bei der nächsten Budgetierung auf die verschlechterte wirtschaftliche Situation? Macht er sich Gedanken über ein angemessenes Sparpaket oder auch einen Personalstopp?

Stadtammann Martin Klöti: Am 12. Februar 2009 um 07.00 Uhr morgens hat die Stadt Arbon die grössten Arbeitgeber und Vertreter der Arbeitgeber Organisationen zu einer Gipfelkonferenz eingeladen. Im informellen Austausch wurde der Frage nachgegangen: Was bedeutet die globale Wirtschaftskrise für den Standort Arbon? Im offenen Gespräch und differenzierter Stellungnahme zeigten sich die Wirtschaftsvertreter erfreut über das Interesse der Stadt. In der Analyse zeigte sich, dass insbesondere die Grossbetriebe unter der Wirtschaftskrise leiden. Von eigentlichen Entlassungen war jedoch nicht die Rede.

Die Kollegin Heidi Wiher-Egger gab als Ressortleiterin Soziales und Gesellschaft Informationen weiter, wohin sich Menschen wenden können, wenn sie Stellen los sind oder ihre Stelle in Gefahr ist. Sie wies ausdrücklich darauf hin, dass eine möglichst frühe Kontaktaufnahme mit der Abteilung Soziales von Vorteil sei. Zurzeit haben in Arbon 7 Betriebe Kurzarbeit angeordnet. Davon betroffen sind 441 Mitarbeitende.

Der Präsident des GTOB (Gewerbe Thurgau oberer Bodensee) Rolf Städler gab an, dass sich die KMU Betriebe noch in guter Auftrags- und Ertragslage sehen. Kollege Patrick Hug, Ressortleiter Finanzen musste jedoch zur Kenntnis nehmen, dass nach Aussage der Wirtschaftsvertreter die Krise noch mindestens ein Jahr andauern und damit die Steuererträge im Jahr 2010 Einbrüche erleiden dürften. Der Stadtrat wird sich daher im Budgetprozess ab Sommer 2009 sehr genau auf dem lokalen Wirtschaftsfeld erkundigen, um so die bestmöglichen Grundlagen für das Budget 2010 zu erhalten. Ich habe nun zur ersten Frage sehr genau Stellung genommen und Frage nun Andrea Vonlanthen an, ob er die Fragen 2 – 4 nicht besser in Form eines anderen parlamentarischen Vorstosses an den Stadtrat richten möchte. Wir denken dabei an eine Interpellation und könnten die Fragen somit gerne in gegebener Form und zu gegebener Zeit genauer und präziser beantworten.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich bin nicht sehr glücklich über diese Reaktion. Ich hätte zumindest gerne in kurzer Form Auskünfte, um mir dann zu überlegen, ob sich ein weiterer Vorstoss lohnen würde.

Stadtammann Martin Klöti: Schauen sie, konkrete Massnahmen, Möglichkeiten, die der Stadtrat sieht, um gefährdete einheimische Firmen zu unterstützen, kann ich ihnen heute – nachdem wir keine Sitzung über Massnahmen und möglicherweise auch über finanziellen Konsequenzen abgehalten haben – nicht beantworten. Aber selbstverständlich, wenn wir mehr Zeit hätten, könnte ich darauf eingehen. Genau dasselbe bei der Frage 3 zu den Auswirkungen der Rezession. Die Steuererträge können wir ihnen nicht geben, weil wir die Abschlüsse 2008 erst jetzt bekommen und da sind die Aussichten natürlich noch sehr gut. Wir können nicht in die Zukunft von einem Jahr schauen. Genau so die letzte Frage: Wie wir reagieren, wissen wir im Sommer, wenn wir unser Budget machen und wir wissen dann auch sehr genau, wie wir uns ausrichten wollen. Wir kennen dann zum Beispiel auch schon andere steuerliche Vorgaben des Kantons und daher ist die Frage 4 jetzt überhaupt nicht befriedigend zu beantworten. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen, dass wir besser arbeiten könnten, wenn sie diese Fragen in einer anderen Form eines Vorstosses formulieren könnten.

Rudolf Strasser, CVP: Arbon nennt sich die Stadt der weiten Horizonte und setzt viel daran ein positives Image zu verbreiten. Jedoch ist dies für mich schwer nachvollziehbar, wenn ich den Brief lese, den die Stadt Arbon, Abteilung Sicherheit, einem noch nicht 18-jährigen Einwohner schickt. Überschrift: Erhebung – Gebührenpflichtiges Dauerparkieren in der Nacht. Darin wird der Jugendliche aufgefordert sich bei der Stadt zu melden, falls er 2009 Halter eines Motorfahrzeuges wird und nachts auf öffentlichem Grund parkieren wird. Ein Auszug aus dem entsprechenden Reglement ist dem Schreiben auch beigelegt. Der Jugendliche wird im Reglement darauf hingewiesen, dass er die Gebühren halbjährlich im Voraus zu bezahlen hat. Ebenfalls wird ihm mitgeteilt, dass es seine Pflicht ist, nachzuweisen, falls er nicht auf öffentlichem Grund parkiert. Die Pflicht ist das eine, aber eine unnötige Verärgerung dieser jungen Erwachsenen wirkt sich sicher nicht positiv auf die Stadt Arbon aus. Daher meine Fragen:

1. Warum bekommt ein Jugendlicher Anfang Januar diesen Brief der Stadt, obwohl er erst z.B. Ende Mai 18 Jahre alt wird, noch lange kein Führerschein hat und sich auch kein Auto leisten kann?
2. Was möchte die Stadt den Jugendlichen, die volljährig werden wirklich vermitteln?
3. Steht da im Vordergrund nicht ein kleinkariertes Denken mit finanziellem Nutzen?

Stadträtin Veronika Merz: Die Frage hat mich auf einen Brief aufmerksam gemacht, der offenbar an die Jungbürger der Stadt Arbon verschickt wird. Meine Nachfrage hat ergeben, dass dieser Brief seit 5 Jahren den jungen Leuten zugestellt wird. Die Antwort des Stadtrates auf die im Brief berechtigt zum Ausdruck gebrachte Sorge ist kurz: Offenbar ist der Amtsschimmel hier laut wiehernd voraus galoppiert. In diesem Sinne: Besten Dank für den Hinweis, wir werden den Amtsschimmel an die Zügel nehmen.

Werner Keller, FDP: Die Sekundarschulgemeinde (SSG) Arbon ist bekanntlich in der Planungsphase einer 3-fach Sporthalle im Stacherholz. Die Hallen sind vorgesehen für einen reinen Schulturnbetrieb für die Oberstufe und die Berufsschule. Für viele Arboner Sportvereine wäre aber eine Sporthalle mit einer Tribüne für die Zuschauer sehr wünschenswert. Es ist mir bewusst, dass der Stadtrat Arbon dieses Projekt weder im Legislaturplan, noch im Finanzplan vorgesehen hat. Die SSG Arbon wird mit oder ohne Beteiligung der Stadt eine Sporthalle realisieren, die aber nur für das Schul- und Vereinsturnen, nicht aber für Anlässe der Vereine geeignet ist. Eine solche Chance dürfen wir nicht verpassen und ich bin überzeugt, wenn wir der Arboner Bevölkerung ein „realistisches“ Projekt vorlegen, könnte es durchaus mehrheitsfähig werden.

Auch wenn der Zeitpunkt für die Planung und Realisierung nicht in den Legislaturplan passt; wir dürfen den Zug nicht abfahren lassen ohne eine Beteiligung der Stadt. Sehen wir doch das Projekt als weitere, zusätzliche Chance für Arbon.

Ich stelle dem Stadtrat folgende Frage: Wie kann der Stadtrat das Projekt Sporthalle der SSG Arbon unterstützen, damit den Sportvereinen und den Zuschauern, die schon langersehnte Halle, mit einer realistischen Infrastruktur zur Verfügung steht?

Stadtrat Reto Stäheli: Der Stadtrat Arbon hat in der Sitzung vom 1. Dezember 2008 den GESAK Schlussbericht zur Kenntnis genommen. Anhand der Ergebnisse wird der Stadtrat mit den anderen Körperschaften ein Gespräch führen. Im Bericht werden Massnahmen bezüglich Organisation, Betriebs- und Unterhaltsmassnahmen und neue Anlagen aufgezeigt. Beim Punkt „neue Anlagen“ ist unter anderem auch die neue 3-fach Sporthalle aufgeführt. Die Stadt sieht sich nicht als Bauherr einer 3-fach Sporthalle, da der Turnraum primär durch die Schulen (Sekundarschule und Berufsschule) benötigt wird. Die Stadt kann ihre Anliegen höchstens für die zusätzliche Vereinsnutzung ausserhalb des Turnunterrichts einbringen und muss sich für diese Anliegen sicherlich auch kostenmässig am Bauvolumen und am Bauvorhaben beteiligen.

Am 9. März 2009 habe ich als zuständiger Stadtrat eine Delegation der IG Sport eingeladen um die Bedürfnisse der Vereine abzustimmen. Diese Bedürfnisse werden nun im gesamt Stadtrat diskutiert und eine mögliche finanzielle Beteilung am Bauvorhaben wird dann ins Budget 2010 der Stadt aufgenommen. Wir sind am Ball.

Konrad Brühwiler, SVP: Anlässlich der Gipfelkonferenz vom 26. Februar 2009 informierte Stadtammann Martin Klöti die Fraktionspräsidien über die neue Regelung der Einsitznahme der Verwaltung an den Sitzungen der Einbürgerungskommission (EBK). Dabei wird neben dem Stadtrat, in diesem Fall Stadträtin Veronika Merz, die als Ressortleiterin offensichtlich die Bereichsleitung vertritt, nun auch wieder der Abteilungsleiter anwesend sein.

Die Anwesenheit des Abteilungsleiters an den Sitzungen erscheint auf Grund des verwaltungsinternen Ablaufes eines Einbürgerungsgesuches naheliegend. Andere Entscheide werfen etliche Fragen auf: Die Aufgabenverteilung (Abteilungsleiter hat als Protokollführer zu walten) und daraus resultierende Mehrkosten, die stadtärtlichen Führungsgrundsätze bezüglich strategischer und operativer Leitung, die verwaltungsinternen Führungsgrundsätze sowie die Tatsache einer verstärkten Einflussnahme des Stadtrates in Bereiche der Legislative und damit die Missachtung einer konsequenten Gewaltentrennung. Ich möchte mich auf drei Fragen beschränken:

1. Liegt dem Entscheid, die ressortleitende Stadträtin als Bereichsleitung und den Abteilungsleiter als Protokollführer in die Kommissionssitzungen der EBK zu entsenden, ein Beschluss des Gesamtstadtrates zugrunde?
2. Wie sehen die detaillierten Entschädigungen aus? Bezieht die teilnehmende Stadträtin ein Sitzungsgeld – wenn ja, in welcher Höhe? Wie wird die Sitzungsteilnahme des Bereichsleiters und Protokollführers abgegolten?
3. In Art. 24, Abs. 2 heisst es: „Eine Vertretung des Stadtrates nimmt an den Sitzungen der parlamentarischen Kommissionen teil, soweit diese keine interne Beratung beschliessen.“ Kann davon ausgegangen werden, dass der Stadtrat in Zukunft auch an den Kommissionssitzungen von FGK und Redaktionskommission regelmässigen und interessierten Einsatz nehmen wird?

Stadtammann Martin Klöti: Zur Frage eins: Der Stadtrat hat mit Beschluss 106 / 08 vom 9. Juni 2008 die Ressortleitung Einwohner / Sicherheit für die Einsitznahme in der Einbürgerungskommission bestimmt. Dies nachdem Max Gimmel im Namen der Fraktionspräsidenten beim Departement für Inneres und Volkswirtschaft DIV eine juristische Auskunft zur Frage der Einsitznahme einholen liess. Diese lautete klar dahingehend, dass der Stadtrat entscheiden kann, wen er für die Einsitznahme in die EBK bestimmt. Ich zitiere daraus kurz die Antwort von lic. Jur. Andreas Keller: „Die Lösung für ihre Anfrage scheint mir ziemlich offensichtlich, wenn man Art. 48 ihrer Gemeindeordnung anschaut. Der Stadtrat kann festlegen, dass die Funktion des Bereichsleiters in der Kommission von einem bestimmten Stadtrat wahrgenommen wird. Wer teilnimmt ist letztlich Sache der Exekutive. Die Kommission kann den von der Exekutive gestellten Vertreter nicht auswählen, zurückweisen oder ersetzen.“ Der Leiter des DIV's sieht sich in keiner Weise dazu veranlasst auf die Verletzung der Gewaltentrennung hinzuweisen. Im Gegenteil erwähnt er die vergleichbare Sozialhilfebehörde sowie Vormundschaftsbehörde in denen der Stadtrat sogar Präsidium und Vize-Präsidium stellt, obwohl es sich um parlamentarische Kommissionen mit selbständiger Entscheidungsbefugnis handelt. Aufgrund der klaren Antwort des Leiters für Rechtsdienst des DIV's bestimmte der Stadtrat in Folge vor einem Jahr, dass Veronika Merz, Ressortleiterin Einwohner / Sicherheit in der EBK Einsatz nehmen soll.

Die Weisung betreffend der Protokollführung durch Abteilungsleiter Peter Wenk wurde von mir als Stadtammann erlassen, da mir die Führung der Verwaltung obliegt. Diese Weisung wurde vom betreffenden Abteilungsleiter wie auch von der EBK hinterfragt. In einem Klärungsgespräch zwischen Andrea Vonlanthen, Peter Wenk, Veronika Merz und mir am 13. Februar 2009 wurde sie ausführlich diskutiert. Am 26. Februar 2009 wurde sie zudem anlässlich der Gipfelkonferenz unter den Fraktionspräsidenten nochmals aufgenommen. Diese akzeptierten grossmehrheitlich die Zuständigkeit des Stadtrates und respektierten den Entscheid des Stadtammanns. Peter Wenk wird in Zukunft das Protokoll der EBK führen.

Frage 2: Wie sehen die Entschädigungen aus? Die Sitzungsentschädigung der Stadtratsmitglieder sind im Parlamentsbeschluss 28 / 07 vom 11. September 2007 über die Entschädigung der Exekutive festgelegt worden. Sie betragen Fr. 70.— / Stunde. Dies gilt für alle stadträtlichen Mitglieder von Kommissionen – also auch für die Einbürgerungskommission. Die von Mitarbeitenden ausserhalb der normalen Geschäftszeiten geleisteten Arbeitseinsätze in Kommissionen werden nach einem separaten Ansatz entlöhnt. Dieser beträgt für alle Mitarbeitende einheitlich Fr. 25.— / halbe Stunde.

Frage 3: Einsitznahme einer Vertretung des Stadtrates gemäss Art. 24 Abs. 2 der Gemeindeordnung. Auf die Frage, ob in Zukunft der Stadtrat auch in der FGK und in der Redaktionskommission Einsatz nehmen wird, verweise ich auf die Geschäftsordnung des Stadtparlamentes Art. 16. „An den Sitzungen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission sowie der Kommissionen gemäss Art. 13 (vorberatende Kommissionen) nehmen auch die für das Geschäft zuständigen Mitglieder des Stadtrates teil, soweit die Kommissionen keine interne Beratung beschliessen.“ In diesem Sinne ist eine Einsitznahme vorgesehen, bisher aber in der Regel nicht wahrgenommen worden.

Dieter Feuerle, SP: Vor knapp einem Jahr habe ich ein Postulat eingereicht und wollte wissen, wie der Stadtrat die Arbon Energie AG dazu bringt Solarstrom zu fördern und den Solarstrom viel besser zu vermarkten.

In der Antwort war unter anderem zu lesen, dass der Stadtrat bis Ende 2008 der Arbon Energie AG einen Leistungsauftrag erteilt und die Arbon Energie AG verpflichtet wird einen möglichst grossen Beitrag an die Umsetzung der energiepolitischen Ziele der Stadt Arbon zu leisten. Insbesondere soll der Leistungsauftrag konkrete energiepolitische Zielsetzungen beinhalten. Ich habe darauf mein Postulat zurückgezogen. Nun meine Fragen:

1. Hat der Stadtrat wie versprochen der Arbon Energie AG diesen Leistungsauftrag, der konkrete energiepolitische Zielsetzungen enthält, bis Ende 2008 erteilt?
2. Ist dieser Leistungsauftrag von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern oder der Öffentlichkeit einsehbar?
3. Gedenkt der Stadtrat in absehbarer Zeit für die Energie- und Umweltberatung eine 100% Stelle zu schaffen?

Stadtammann Martin Klöti: Zu Frage 1: Ja! Der Stadtrat hat in der Sitzung vom 15. Dezember 2008 dem Verwaltungsratspräsidenten der Arbon Energie AG, Herrn Freddie Näf, den Leistungsauftrag übergeben und ihn aufgefordert diesen im Verwaltungsrat so zur Kenntnis zu nehmen.

Frage 2: Der Leistungsauftrag ist selbstverständlich für Parlamentarierinnen und Parlamentarier einsehbar. Die von ihnen angesprochenen energiepolitischen Ziele sind darin festgelegt. Ich werde veranlassen, dass er zu gegebener Zeit in den Verteiler des Parlaments gelangt.

Frage 3: An der Verwaltungsratssitzung der Arbon Energie AG vom 17. Februar 2009 wurde beschlossen einen jährlichen Beitrag von Fr. 50'000.— an die Energieberatungsstelle der Stadt Arbon auszurichten. Damit und mit weiteren Beiträgen anderer Gemeinden für die Umweltfachstelle kann die entsprechende Stelle in der Abteilung Bau mit 50 % finanziert und so zu 100 % besetzt werden.

Präsidentin Rita Anderes: Somit sind die vorgängig eingereichten Fragen beantworten. Gibt es spontane mündliche Fragen?

Andrea Vonlanthen, SVP: „Starke Emotionen gefragt“, hiess es heute im Tagblatt. Ich hoffe, dass nicht die Falschen ausgelöst werden. Im Hinblick auf das Summerday's Festival Ende August hiess es im Bericht des Tagblatts: „... stellt der Stadtrat das Gelände am See unentgeltlich zur Verfügung“. Ebenso den Seeparksaal, der eine Woche als Backoffice dienen soll. Dazu gibt es Gratiseintritte ins Schwimmbad für tausende Festivalbesucher. Die Stadt finanziert zudem das Konzert am eintrittsfreien Slow Up Sonntag. Das alles offenbar für 5 Jahre. Eine finanzielle Abgeltung sei nicht vereinbart worden. Sollte das Festival Gewinn abwerfen, würden sich die Verantwortlichen schon zusammensetzen.

Da reiben sich nicht nur traditionelle Veranstalter am See die Augen, sondern auch Bürgerinnen und Bürger zumal der Stadtammann vor kurzem in einem vielbeachteten Interview sagte: „Was nichts kostet, ist nichts Wert.“ Was sollen den Veranstalter denken, wenn sie das alles nichts kostet? Dazu drei Fragen. Ich formuliere sie langsam, da ich sie spontan stelle und sie nicht schriftlich eingereicht habe.

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage hat sich der Stadtrat für seine Grosszügigkeit entschieden?
2. Warum verrechnet der Stadtrat seine Leistungen nicht einfach nach üblicher Praxis und spricht eine Defizitgarantie?
3. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass er hier ein Präjudiz schafft? Kommt die Stadt künftig auch anderen Veranstaltern und vor allem einheimischen Vereinen ähnlich grosszügig entgegen?

Stadtammann Martin Klöti: Natürlich kann ich die Fragen jetzt nicht so direkt beantworten, weil der Stadtrat darüber noch nicht beraten hat. Trotzdem kann ich pauschal antworten: Wir regeln alle diese Grossanlässe über einen Leistungsauftrag – auch das Seenachtsfest. Es hat bis heute auch noch nichts für den Grund und Boden bezahlt müssen. Das heisst es ist Verhandlungssache, welche in die Kompetenz und Verantwortung des Stadtrates fällt.

Ich habe mit der letzten Bemerkung, die sie auch zitiert haben, offen gelassen, wie der Stadtrat verhandeln wird – nämlich nach dem Ergebnis. Ich würde sehr davor warnen, sich in eine Defizitgarantie zu begeben. Dass dann doch lieber nicht. Ich glaube wir machen es besser, in dem wir den Leistungsvertrag ganz klar formulieren und zwar nicht nur mit Summerday's sondern mit allen Grossveranstaltungen, in dem wir dort, wie auch beim Slow Up festlegen, welche Leistungen die Stadt bezahlt und was sie dafür erwartet. Ich möchte darum bitten, dass sie uns diese Kompetenz gewähren, dass wir einen richtigen Vertrag aushandeln und wir niemanden präjudizieren oder übermäßig unterstützen.

Die Grösse des Anlasses ist aussergewöhnlich und daher auch die Aufgabenstellung. Man kann also nicht ohne weiteres eine solche Veranstaltung mit einer anderen Veranstaltung vergleichen. Ausser eben vielleicht mit dem Seenachtsfest mit noch mehr Besuchern in tausender Zahlen. Von da her werden wir unsere Arbeit ernst nehmen und sie werden Einsicht und Auskunft bekommen, spätestens nach Ausgang des ersten Jahres, wenn wir Bilanz ziehen können.

6. Verschiedenes

1. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Martin Klöti: Vorab einige Personalinformationen: Nach fast einjähriger Abwesenheit hat Romy Egerter mir gegenüber im persönlichen Gespräch mitgeteilt, dass sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an ihren Arbeitsplatz zurückkehren wird. Die ärztlichen Befunde sprechen leider eine klare Diagnose. Wir bedauern das Ausscheiden von Romy Egerter sehr und danken ihr auch an dieser Stelle für ihre wertvollen Verdienste und ihr grosses Engagement in ihrer Anfangszeit als Assistentin des Stadtammanns und später als erste Arboner Parlamentssekretärin. Romy wird weiterhin freundschaftlich zu unserem Team gehören und zu gemeinsamen Anlässen und Veranstaltungen der Stadt eingeladen. Für eine Nachfolgeregelung in der Stadtkanzlei ist die Stelle ausgeschrieben.

Zur Reorganisation in der Abteilung Bau: Die Stelle Stellvertreter Leiter Abteilung Bau ist auf den 1. Juni 2009 besetzt. Kommuniziert wird in den nächsten Tagen nach Vertragsunterzeichnung. Die Bewerbungsgespräche für die Besetzung der Bereiche Stadtplanung, Hoch- und Tiefbau sind in vollem Gange.

Zur Stelle Stadtentwicklung und Kommunikation: Die Nachfolge für Thomas Stadelmann konnte per 1. Mai 2009 besetzt werden. Kommuniziert wird auch hier in den nächsten Tagen nach Vertragsunterzeichnung.

Des Weiteren ist gestern zum Thema Hafenbau die Abgabe der Ausschreibungsunterlagen erfolgt. Es sind sechs Generalunternehmungen, die die Unterlagen gegen ein Depot von Fr. 1000.— abgeholt haben und die nun in der öffentlichen Ausschreibung reagieren und ihr Angebot stellen können, so dass wir planmässig im frühen Sommer mit dem Bau der Anlage beginnen können.

- *Präsentation zum Thema Kinder- und Jugendarbeit in Arbon*

Stadtrat Patrick Hug: Die Kinder- und Jugendarbeit in Arbon nimmt konkrete Gestalt an. Der Verein „Jugendbegegnungsstätte Rondelle“ heisst neu „Verein Kinder- und Jugendarbeit Arbon“. An der Hauptversammlung, von gestern, Montagabend wurden die Statuten entsprechend geändert. Parallel dazu wurde auch die neue Internetseite www.kinderundjugend.arbon.ch aufgeschaltet. Neben der Führung des Jugendtreffs stellt der Verein die aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit in den Vordergrund.

Wie kam es zu dieser strategischen Neuorientierung? Mit dem Entscheid des Stadtparlaments im Rahmen des Budgets 2008 den Stellenetat des Vereins „Jugendbegegnungsstätte Rondelle“ (JBS Rondelle) um 50 % auf 170 % zu erhöhen, wurde eine wichtige Weichenstellung im Bereich Kinder- und Jugendarbeit in Arbon vorgenommen. Damit wurde die Grundlage geschaffen, effiziente Jugendarbeit nicht nur in der Rondelle, sondern auch auf der Strasse zu verrichten. Das bisherige Zweier-Team mit Gabriele Eichenberger und Bernhard Jurmann mit je 60 Stellenprozenten konnte im August 2008 durch eine dritte Person – Marina Albrigo – mit 50 Stellenprozenten ergänzt werden.

Die aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Arbon nimmt damit immer konkretere Konturen an. In einem ersten Schritt konnte der Verein JBS Rondelle durch den Stadtrat der Abteilung Soziales im Sommer 2007 einen Geschäftsführungsaufrag erteilen. Seither kann sich der Vereinsvorstand auf die strategischen Aufgaben konzentrieren. Die operativen Tätigkeiten werden von Abteilungsleiter Hans-Jürg Fenner koordiniert. In einem zweiten Schritt hat der Stadtrat im Oktober 2008 anlehnd an das bestehende Alterskonzept ein Kinder- und Jugendkonzept verabschiedet. Demnach soll sich die Kinder- und Jugendarbeit in Arbon künftig auf vier Säulen abstützen: Aufbau mobile Kinder- und Jugendarbeit, Aufbau Schulsozialarbeit, Aufbau Kinder- und Familienarbeit und Prävention mit Sicherheitspatrouille. In einem dritten Schritt wurde an der Hauptversammlung vom 9. März 2009 folgerichtig auch der Verein umbenannt. Der Trägerverein „Jugendbegegnungsstätte Rondelle“ heisst neu „Verein Kinder- und Jugendarbeit Arbon“.

Mit diesen wegweisenden Beschlüssen werden die Aktivitäten der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Arbon immer vielfältiger. Neben dem Betreiben des Jugendtreffs können wichtige Projekte geplant und umgesetzt werden, wie zum Beispiel Jugendkultur, Graffiti, Spielplatzgestaltung, FerienSpass, Skatepark und Alkohol- und Gewaltprävention. Die ersten Schritte für eine wirkungsvolle und effiziente aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit in Arbon sind damit vollzogen. Die Umsetzung wird aber angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung eine permanente Aufgabe bleiben. Dafür müssen auch in Zukunft die personellen und finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Stadträtin Heidi Wiher, Ressortverantwortliche Soziales und Gesellschaft und ich als stellvertretender Ressortverantwortlicher und Präsident des Vereins werden Ihnen nun die Arbeit und die Projekte des Vereins kurz vorstellen.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit haben drei Bereiche: Jugendtreff, aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit und die Projekte. Wir unterhalten uns zuerst über den Jugendtreff, die ehemalige Rondelle. Öffnungszeiten sind – wie Sie auf der Folie erkennen können – Mittwochnachmittag von 14.00 – 18.00 Uhr sowie Freitagabend von 18.00 – 23.00 Uhr. Dazu ist zu sagen, dass der Mittwochnachmittag Ende letzten Jahres und Anfang diesen Jahres nicht sehr rege genutzt wurde. Räumlichkeiten sind das Parterre, die Cafeteria, die Arena, das Billardzimmer, die Küche und das Büro. Jene die schon einmal dort waren, wissen, wie es dort aussieht. Nutzer sind vor allem Schüler der 1. und 2. Oberstufe, die in Arbon wohnhaft sind.

In der 1. Oberstufe gehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeweils in den Klassen vorbei. Wichtig sind Gespräche, Beziehungen, die aufgebaut werden müssen, ein Kennenlernen findet statt, Grenzen müssen gesetzt und konsequent durchgezogen werden. Oftmals müssen die Mitarbeiter auch Polizist spielen.

Frequenz vom Jugendtreff: Es hat immer sehr viel mehr Knaben als Mädchen im Jugendtreff. Das Verhältnis ist in etwa 1/3 zu 2/3. Durchschnittlich wird die Rondelle von 45 - 355 Jugendlichen pro Monat besucht. Das entspricht 20 – 47 Jugendliche pro Öffnungstag.

Stadtrat Patrick Hug: Zur aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit: Die Präsenz findet dort statt, wo sich Kinder und Jugendliche auch tatsächlich aufhalten. Kontaktmittel ist der „Paragraphen Check“, wovon wir Ihnen gerne noch einige Exemplare verteilen. Orte sind Spielplätze, Schulhäuser, Pärke und ein besonderer Schwerpunkt ist gegenwärtig auch das Einkaufszentrum Novaseta.

Projekte: Unterstützung von Jugendlichen, Eltern und Vereinen in der Realisierung ihrer Anliegen. Da haben wir – wie sie auch den Medien entnehmen konnten – als aktuelles Beispiel das Projekt Skatepark.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Im Weiteren gibt es das Angebot des FerienSpasses. Diesen wollte man letztes Jahr im Sommer zum ersten Mal durchführen, doch aus mangelndem Interesse hat man dies dann wieder eingestellt. Ziele dieses FerienSpasses sind sinn- und lustvolle Gestaltung von Ferien, Vereine und Institutionen präsentieren ihre Angebote – zum Beispiel der Fischerverein, bei dem die Kinder das Fischen erleben können – und Jugendliche und junge Erwachsene sollen eigene Angebote gestalten können.

Für den FerienSpass im Herbst wurden 20 Angebote gemacht, 2 abgesagt und 18 durchgeführt. Es wurden 170 Kursteilnahmen von 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern verzeichnet. Teilweise belegten die Kinder gleich mehrere Kurse. Es gab eine sehr erfreuliche positive Rückmeldung. Darunter auch die Mobiliarversicherung. Sie erklärte sich zu einem Social-Sponsoring bereit und hilft jetzt, den FerienSpass mitzufinanzieren.

Stadtrat Patrick Hug: Zum Skatepark: Zur Umsetzung dieses Projektes wurde die Gründung eines Vereins „Skatepark Arbon“ vorausgesetzt. Aktuell möchte ich noch darauf hinweisen, dass am Samstag, 21. März 2009 der Sponsorenlauf stattfindet. Die Vorschau können Sie dann auch den Medien entnehmen.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Wie sie bereits den Zeitungen entnehmen konnten, werden die Spielplätze neu gestaltet. Dies geschieht jeweils in Zusammenarbeit mit dem Verein Kinder- und Jugendarbeit Arbon unter Mitwirkung der Kinder, Jugendlichen, Eltern und Anwohnern. Die Neugestaltung des Eichenspielplatzes und der Brühlstrasse wurden bereits umgesetzt und für weitere Spielplätze laufen die Vorbereitungen in der Abteilung Bau und es sind Workshops geplant.

Stadtrat Patrick Hug: Ein weiterer Schwerpunkt der Kinder- und Jugendarbeit ist die Alkoholprävention. Hauptziel ist es hier, an Grossanlässen eine lustvolle Alternative zu Alkohol zu vermitteln und eine Sensibilisierung herbei zu führen sowie die Umsetzung der geltenden Gesetze zu gewährleisten. Wir hatten am Seenachtsfest 2008 ein Pilotprojekt: Zusammen mit dem Lions-Club wurde eine alkoholfreie Bar betrieben. Geplant sind weitere Aktivitäten am diesjährigen Seenachtsfest sowie am Summerday's Festival.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Das Ziel zum Thema Graffiti heisst: „Aus der Illegalität in die Legalität“. Wir haben heute Abend bereits über die Schmierereien beim Thema Videoüberwachung gesprochen. Ich glaube, wenn die Jugendlichen Gelegenheit erhalten wirklich etwas Richtiges zu machen – und sprayen ist „In“ – dann haben wir in der Stadt Arbon wirklich einen grossen Vorteil. Das Stadtbild gestalten durch die Jugendkultur und verringern des Vandalismus.

Die erste Umsetzung war eine Kletterwand auf dem Spielplatz Schöntal. Bei der Planung und Durchführung waren zusammen mit der Abteilung Bau und den Eltern auch die Jugendlichen dabei. Auch die Polizei war während dieses Prozesses anwesend. In der Nachbearbeitung dieses Projekts entstand eine sehr schöne Glückwunschkarte mit dem erarbeiteten Werk, die regelmässig versendet wird. In Planung ist bei der Wohnbaugenossenschaft „Daheim“ eine Wand, die besprayt werden darf und wir haben eine Zusage der evangelischen Kirchgemeinde, dass sie an diese Graffitis einen Sponsorenbeitrag leisten wollen.

Stadtrat Patrick Hug: Stichwort Gewaltprävention: Ziel ist es hier eine kontinuierliche Förderung von Angeboten zur Gewaltprävention. Vor allem männliche Jugendliche sollen ihrem Bedarf nach körperlicher Auseinandersetzung nachgehen können. Ein erstes Angebot wurde da im Rahmen des FerienSpasses im Herbst 2008 präsentiert und eine Fortsetzung soll im Rahmen des diesjährigen FerienSpasses erfolgen.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Neu ist von der Kinder- und Jugendarbeit die Zusammenarbeit mit den Vereinen intensiviert worden. Wir wollen die Vereine in der Wahrnehmung ihrer Aufgabe unterstützen sowohl in der Wahrnehmung von ehrenamtlichen Tätigkeiten als auch in der Nachwuchsförderung im Jugendbereich. Zur Umsetzung: Wir wollen ein Konzept erstellen und den Anreiz für vermehrte ehrenamtliche Arbeit schaffen. Es gibt eine Situationsanalyse, ein Weiterbildungsangebot und wir möchten einen schweizerisch anerkannten Ausweis mit dem Namen „Sozialzeit-Ausweis“ und das „Ehrenamtlichen Abonnement“ schaffen. Im Weiteren ist zusammen mit den Vereinen im Internet eine Vereins-Informationsplattform mit einem Ressourcen-Pool entstanden. Es gibt da die Möglichkeit, Geräte von Vereinen für ihre Freizeit auszuleihen oder zu mieten – zum Beispiel einen Grill.

Stadtrat Patrick Hug: Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit. Anschliessend können wir ihnen gerne noch das Grundlagenpapier zur Kinder- und Jugendarbeit in Arbon abgeben sowie den „Paragraphen Check“, den unsere drei Mitarbeitenden zur Kontaktaufnahme zu den Jugendlichen nutzen werden.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich habe noch eine kurze Information zu der Sanierung des Feuerwehrdepots: Der geplante Endtermin für die Sanierung des Feuerwehrdepots verschiebt sich infolge strengen Winters auf Ende Mai 2009. Die geplanten Baumeisterarbeiten und Fahrzeughallenweiterung können erst in Angriff genommen werden, wenn es wieder wärmer wird. Da die Fahrzeuge während dieser Zeit im Freien parkiert werden müssen. Die Arbeiten Nachisolation der Anbauten Nord, Isolation der Decke, Erstellen der Luftdichtigkeit, Nachisolation der Leitungen, Anpassungen der Nasszellen und Ersetzen des Boilers konnten bis jetzt wie geplant umgesetzt werden.

Stadtammann Martin Klöti: Zur Energieberatung und zum Förderprogramm: Ein kurzer Überblick: Die Energieberatung unserer Stadt hat 2009 – also bis heute – bereits 60 Beratungsgespräche gehabt. Förderungen durch die Stadt im ersten Monat dieses Jahres: Solaranlagen 2 Stück, Total 15.5 m² Solarstrom 1 Anlage, E-bikes 5 Stück. Es sind im ersten Monat Fr. 6'000.— ausbezahlt oder bewilligt worden und Fr. 30'000.— stehen fürs ganze Jahr zur Verfügung. Arbon Energie AG hat im Jahr 2008 Fr. 60'000.— bewilligt, für 22 Wärmepumpen anlagen. Der Kanton hat 2008 54 Anlagen in Arbon im Wert von Fr. 500'000.— mitfinanziert. Das, damit sie einen Überblick haben, wie Geld fliesst. Dies waren jetzt die Berichte aus dem Stadtrat.

2. Weitere Informationen des Stadtammanns aus seinen regionalen und kantonalen Projekten

Stadtammann Martin Klöti: In der Information über meine regionalen und kantonalen Projekte komme ich nur auf eine Sache zurück und zwar auf die Interpellation über die Frage von Zuweisung der Asylanten an die Gemeinden. Sie haben bestimmt von meiner Interpellation im Grossen Rat, die noch nicht beantwortet ist, gelesen.

Obwohl sie noch nicht beantwortet ist, hat sie bereits verschiedene Dinge ausgelöst: Erstens konnten sie über den Zuweisungsstopp lesen, der vom Kanton Thurgau beim Bund beantragt wurde. Zweitens wurde die Liegenschaftensuche des Kantons für gemeinsame Unterkünfte ausgelöst. Über die Wirtschaftsförderung kommen Anfragen an die Städte, ob es irgendwo geeignete Unterkünfte gibt. Drittens: Regierungsrat Bernhard Koch hat die Gemeindeämänner der 6 grössten Gemeinden und den Vorstand des VTG zu einem Gespräch eingeladen.

Es geht uns nicht darum, dass wir keine Asylsuchende aufnehmen wollen. Es geht nur darum, wie der Kanton in dieser Sache vorging. Er liess uns alle Infrastruktur personeller und räumlicher Art abbauen und jetzt – sozusagen aus dem Nichts – kommt er und macht Zuweisungen.

Wir haben gegenwärtig zwei Zwangszuweisungen erhalten und sollen für diese Personen ab dem 1. April eine Unterkunft bereitstellen. Wir haben selbstverständlich die Vorbereitungen getroffen, könnten aber immer noch rekurrieren. Wir müssten dann aber ab dem 1. April pro Tag und Person Fr. 20.— „Busse“ zahlen, beziehungsweise Beiträge an den Kanton entrichten. Ich werde morgen Regierungsrat Bernhard Koch am Rande der Grossratssitzung darauf ansprechen und auch über einen Aufschub dieses Termins noch verhandeln. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass der Kanton erkannt hat, dass diese Vorgehensweise nicht die allerbeste war und dass wir da möglicherweise noch bessere Bedingungen bekommen.

Präsidentin Rita Anderes: An der heutigen Sitzung ist eine Interpellation von Remo Bass, CVP / EVP Fraktion eingereicht worden. Titel: „Bau einer neuen Druckleitung für gereinigtes Abwasser von St. Gallen in den Bodensee“. Diese wurde von 28 Parlamentariern unterzeichnet und wird an den Stadtrat weitergeleitet. Er beantwortet die Interpellation innerhalb von 4 Monaten schriftlich.

Wir sind am Ende dieser Sitzung angelangt und ich danke ihnen allen für die aktive Mitarbeit und das Interesse. Die nächste Sitzung findet am 21. April 2009 statt. Ich wünsche ihnen allen frohe, sonnige Wochen und dass sie das Frühlingserwachen – wenn es dann endlich kommt – so richtig geniessen können.

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Rita Anderes

Die Parlamentssekretärin

Tanja Huber

Nächste Parlamentssitzung: Dienstag, 21. April 2009, Seeparksaal, Beginn 19.00 Uhr